21. Wahlperiode

Drucksache **21/5419**

HESSISCHER LANDTAG

26/10/26

Kleine Anfrage

Oliver Stirböck (Freie Demokraten)

Mögliche Beauftragung israelischer Politikberater zur Unterstützung der hessischen Gesetzesinitiative zum Existenzrecht Israels

Vorbemerkung:
Die Frankfurter Rundschau berichtet am 22. Oktober 2026 unter dem Titel „Die CDU-Netanjahu-Connection“ über eine mögliche Zusammenarbeit zwischen der CDU und den israelischen Politikberatern J.U. und S.E. beziehungsweise deren Beratungsfirma „Perception.Media“. Nach den im Bericht zitierten Nachrichten sollen die Berater öffentliche Unterstützungsbekundungen israelischer Regierungsmitglieder für die hessische Gesetzesinitiative zur Strafbarkeit der Leugnung des Existenzrechts Israels organisiert haben. In einer Nachricht vom 5. September 2026 soll von einer „netten bezahlten Arbeit mit der CDU“ die Rede sein. Wer die Unterstützung beauftragt und gegebenenfalls bezahlt hat, geht nach Angaben der Zeitung aus den vorliegenden Nachrichten nicht hervor. Die Echtheit der zugrunde liegenden Leaks konnte nach Darstellung der Autoren nicht vollständig überprüft werden, werde aber durch zahlreiche Indizien gestützt. Nach Angaben der Frankfurter Rundschau laufen gegen J.U. und S.E. in Israel Ermittlungen unter anderem wegen des Verdachts der Unterstützung eines ausländischen Agenten, der Weitergabe geheimer Informationen und des Betrugs. Für beide gilt die Unschuldsvermutung.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche dienstlichen Kontakte unterhielten Mitglieder der Landesregierung, die Staatskanzlei oder Beschäftigte der Landesverwaltung seit dem 1. Januar 2024 zu J.U., S.E. oder Vertretern der Beratungsfirma „Perception.Media“? (Bitte jeweils nach Datum, Beteiligten, Kommunikationsform, Initiative, Anlass und Gegenstand aufschlüsseln)
2. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über eine unmittelbare oder mittelbare Beauftragung der genannten Personen oder der Beratungsfirma durch die CDU Hessen oder in deren Auftrag handelnde Dritte im Zusammenhang mit der genannten Gesetzesinitiative vor, insbesondere über vereinbarte oder geleistete Zahlungen?
3. Welche Aufträge erteilten die Landesregierung, die Staatskanzlei oder nachgeordnete Stellen den genannten Personen beziehungsweise der Beratungsfirma unmittelbar oder über Dritte? (Bitte jeweils Auftraggeber, Auftragnehmer, beteiligte Vermittler, Auftragsdatum, Leistungsumfang, vereinbarte Vergütung, geleistete Zahlungen, Zahlungsempfänger und gegebenenfalls Haushaltstitel angeben)
4. Welche weiteren externen Agenturen, Beratungsunternehmen oder sonstigen Dienstleister wurden von der Landesregierung oder nachgeordneten Stellen mit Kommunikationsleistungen im Zusammenhang mit der Gesetzesinitiative beauftragt, insbesondere mit der Gewinnung oder Vermittlung öffentlicher Unterstützung aus dem Ausland? (Bitte jeweils Auftraggeber, Auftragnehmer, Auftragsdatum, Leistungsumfang, etwaige Unterauftragnehmer und Kosten angeben)
5. Haben Mitglieder der Landesregierung oder Beschäftigte der Landesverwaltung israelische Regierungsmitglieder oder deren Mitarbeiter um öffentliche Unterstützung für die Gesetzesinitiative gebeten, entsprechende Bemühungen Dritter veranlasst oder daran mitgewirkt? (Bitte jeweils Beteiligte, Zeitpunkt, Kommunikationsweg und Art der Mitwirkung angeben)

6. Welche Kenntnisse hatte die Landesregierung vor deren Veröffentlichung über die im Bericht genannten X-Beiträge von Gideon Sa’ar und Amichai Chikli, insbesondere über deren Entstehung, die beteiligten Vermittler und eine mögliche Vergütung?
7. Wurden im Zusammenhang mit diesen Unterstützungsbekundungen Textentwürfe, Kommunikationskonzepte oder sonstige Unterlagen zwischen der Landesregierung beziehungsweise der Staatskanzlei und den genannten Beratern, der CDU Hessen oder israelischen Regierungsstellen ausgetauscht? (Bitte jeweils Zeitpunkt, Beteiligte und Inhalt angeben)
8. Wer war für die Entscheidung verantwortlich, den im Bericht genannten Beitrag von Gideon Sa’ar über den Account des Ministerpräsidenten zu teilen?
9. Aus welchen Gründen blieben die im Artikel genannten Presseanfragen unbeantwortet?
10. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung zur Aufklärung des berichteten Sachverhalts eingeleitet?

Wiesbaden, den 22.10.2026



Oliver Stirböck